



Amri

### Terrorismus Einsatzbefehl von ganz oben

Anis Amri, der Attentäter vom Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz, wurde offenbar von der Führungsebene des „Islamischen Staats“ (IS) gesteuert. Dies geht aus einem Hinweis der Vereinigten Arabischen Emirate an deutsche Sicherheitsbehörden vom 8. Januar hervor. Demnach soll Amri seinen Einsatzbefehl von einem Kader mit dem Kampfnamen Abu Baraa al-Iraki der IS-Or-

ganisation für „externe Operationen“ erhalten haben. Der Generalbundesanwalt (GBA) und das Bundeskriminalamt prüfen den Hinweis. Der Name des IS-Kaders ist den deutschen Behörden aus anderen Verfahren gegen als Flüchtlinge getarnte, mutmaßliche IS-Terroristen bekannt. Die Deutschen schätzen die Quelle des Hinweises aus dem Sicherheitsapparat der Emirate als zuverlässig ein. Kontakt zum IS soll Amri laut GBA ab spätestens 10. November 2016 gehabt haben. jdl, fis

### Zeitgeschichte Keine Hilfe für DDR-Revolutzer

Wäre es nach dem Bau der Mauer zu einem Aufstand in der DDR gekommen, hätte die Bundesregierung nicht militärisch eingegriffen. Das belegt das bislang unbekannte Protokoll einer „streng geheimen“ Sitzung des Bundesverteidigungsrats, dem Vorläufer des Bundessicherheitsrats. Aus dem Papier, das im Bundesarchiv in Koblenz liegt, geht hervor, dass sich Kanzler Konrad Adenauer mit insgesamt 20 Ministern, Staatssekretären, führenden Militärs und Beamten am 30. August 1961 in seinem Haus in Rhöndorf traf. Es

ging um die Lage in Berlin. Zwei Wochen zuvor, am 13. August, hatte die DDR begonnen, eine Mauer zu



Adenauer 1961 in Westberlin

### Cannabis Starke Nachfrage erwartet

Die neue Cannabisagentur des Bundes rechnet mit einem rasanten Anstieg der Nachfrage nach Medizinalhanf. In den Jahren 2021 und 2022 will sie im staatlichen Auftrag je 2000 Kilogramm Cannabis in Deutschland anbauen lassen, wie aus Unterlagen zum Vergabeverfahren hervorgeht, die das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) erstellt hat. Rechnerisch entspricht die Jahresmenge dem Durchschnittsverbrauch von fast 5500 Patienten. Bislang

besitzen rund tausend Patienten eine Sondergenehmigung zum Erwerb von Cannabis zu medizinischen Zwecken, ihr Jahresverbrauch lag nach BfArM-Angaben bei insgesamt 365 Kilogramm. Derzeit wird dieser Medizinalhanf importiert. Von 2019 an soll er auch in Deutschland geerntet werden. Die Cannabisagentur soll den Anbau steuern. cos



Cannabispflanze

DAVID MCNEW / REUTERS

### Reichsbürger Ministerium schützt Mitarbeiter

Weil die Zahl der Beschwerden, Klagen und Angriffe von sogenannten Reichsbürgern auf Behörden und Beamte wächst, hat das Bundesinnenministerium den Rechtsschutz für seine Bediensteten ausgeweitet. „Die Fürsorgepflicht des Dienstherrn kann gebieten, Kosten für einen Rechtsschutz zu übernehmen“, heißt es in

einem Schreiben des Ministeriums vom vergangenen Mittwoch. Dies gelte etwa für „Verunglimpfungen speziell in digitalen Medien“. Die selbst ernannten Reichsbürger erkennen die Bundesrepublik nicht an, senden Schreiben voller Unfug an Ämter und überziehen Mitarbeiter mit unbegründeten Klagen. Ihr Ziel ist es, die Behörden lahmzulegen. Mitarbeiter werden Beamte gefilmt und die Mitschnitte ins Internet gestellt. aul

bauen. Verteidigungsminister Franz Josef Strauß (CSU) und Bundeswehr-Generalinspekteur Friedrich Foertsch

warnen vor militärisch angeblich weit überlegenen Sowjets. Foertsch schlug insgesamt 14 „Maßnahmen“ vor, Punkt 5 lautete: „Ablehnung einer militärischen Intervention bei einem Aufstand in der SBZ (gemeint: DDR –Red.), da ein grösserer und militärisch unterstützungswürdiger Aufstand im sowjetischen Aufmarschgebiet nicht möglich ist.“ Ein Eingreifen sei nur gerechtfertigt, wenn die Menschen im gesamten Ostblock rebellierten und zudem alle Nato-Mitglieder entschlossen seien, „diese Stunde militärisch zu nutzen“ – also de facto nie. Laut dem Protokoll stimmte Adenauer ausdrücklich zu. klw

AP / SÜDDDEUTSCHER VERLAG